

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 36/39
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Robert Antretter MdB zum Erfordernis, das Fortschritt-90-Konzept weiterzuentwickeln: Auch die Sozialpolitik diskutieren.

Seite 1

Hans Büchler MdB zur Entwicklung in der DDR und den deutsch-deutschen Beziehungen: Nach dem Jubel.

Seite 3

Dokumentation:

In einer Rede vor dem 13. Ordentlichen Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, der vom 8. bis 13. Oktober in Würzburg stattfindet, hat deren Vorsitzender Horst Morich eine Bestandsaufnahme der sozialen Wirklichkeit der Bundesrepublik vorgenommen. Auszüge

Seite 5

44. Jahrgang / 195

10. Oktober 1989

Auch die Sozialpolitik diskutieren

Zum Erfordernis, das Fortschritt-90-Konzept weiterzuentwickeln

Von Robert Antretter MdB
Mitglied des SPD-Landesvorstandes Baden-Württemberg

Kein Zweifel: Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft muß zum Markenzeichen der SPD werden. Die bisher bekannten Vorschläge der „Arbeitsgruppe Fortschritt 90“ sind in der Bevölkerung überwiegend positiv aufgenommen worden. Jedenfalls haben sie eine lebhaftige Diskussion ausgelöst.

Freilich scheinen wir Sozialdemokraten derzeit in der Gefahr, die öffentliche Meinungsführerschaft auf diesem strategischen Feld - so mühsam wir sie erarbeitet haben -, durch taktische Redereien zu verspielen.

Weder sind jetzt Personalentscheidungen über die Spitzenkandidatur der Bundestagswahl zu treffen, noch sind rot-grüne Koalitionsverhandlungen oder sozial-liberale Friedensgespräche zu führen. Solche Verbalmanöver sind nicht besonders hilfreich.

Vielmehr geht es doch um eine seriöse Debatte von Zwischenergebnissen der Fortschritt-90-Gruppe, die erste Bausteine eines künftigen Regierungsprogramms vorgestellt hat.

Die SPD-Bundestagsfraktion zum Beispiel hat diese Debatte mit Oskar Lafontaine geführt. Auch dabei wurde deutlich: Noch fehlt vieles für ein überzeugendes Gesamtkonzept, nicht zuletzt das sichere Fundament des neuen SPD-Grundsatzprogramms, das schließlich erst beim Bremer Parteitag im Dezember beschlossen wird.

Was von dieser 4 1/2-stündigen, weiterführenden Fraktionsdebatte an die Presse ging, entsprach übrigens nicht deren tatsächlichen Verlauf. Und es wäre verwunderlich, wenn sich mehr als fünf der über 30 Diskussionsteilnehmer im Ergebnis dieser „Öffentlichkeitsarbeit“ wiederfinden würden.

In der Sache ist festzuhalten: So faszinierend die Konzeption einer ökologischen Marktwirtschaft, mit ihrem Kernstück der Ökosteuern, ist, so notwendig ist es für die SPD als Volkspartei in der Tradition der Arbeiterbewegung, daß sie auf die Sozialverträglichkeit dieses ökologischen Umbaus achtet.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Herstellung: Umwelt
auf wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Da ist weiter Deine enge Verbindung mit Kurt Schumacher. Wenn Dein Name fällt, denken viele meiner Generation sogleich an das legendäre, im August 1949 in Frankfurt am Main entstandene Bild, das zeigt, wie sich Kurt Schumacher - von Verwundung, Haft und Krankheit gezeichnet - auf dem Weg zum Rednerpult auf Dich stützt. Wie Du ihm hilfst, daß er der Lebensspanne, die ihm nach der Befreiung von der NS-Gewaltherrschaft noch zugemessen war, das Äußerste an politischer Willens- und Gestaltungskraft abringen konnte. Und das ja nicht nur bei dieser Gelegenheit. Nach seinem Tode hat diese Verbindung nicht geendet. Vielmehr fühlst Du Dich Kurt Schumacher und seinem Vermächtnis bis heute in besonderer Weise verpflichtet. Und Deine Freundinnen und Freunde wissen: Du warst und bist auch seiner Leidenschaft fähig, wenn Du glaubst, es seinem Vermächtnis schuldig zu sein.

Die dritte Besonderheit Deines Lebensweges ist die Tatsache, daß Du 1972 als erste Frau in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus zur Präsidentin der nationalen Volksvertretung gewählt und 1979 wiederum als erste Frau in der Geschichte unseres Landes als Kandidatin für das Amt des Staatsoberhauptes nominiert worden bist. Beide Male sind Schranken eingerissen worden, die der politischen Gleichberechtigung der Frauen bis dahin entgegenstanden. Und vor allem als Präsidentin und anschließend als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages hast Du allen Zweiflern bewiesen, daß Frauen derartige Aufgaben zumindest ebenso gut bewältigen können wie Männer. Das waren bahnbrechende Leistungen in einer Zeit, in der die Gleichstellung der Frau noch keineswegs selbstverständlich war und wir Männer eher noch dazu neigten, die Frauen wie eine Minderheit zu behandeln, obwohl sie doch die absolute Mehrheit unseres Volkes darstellen.

Natürlich sind wir stolz darauf - Frau Präsidentin Dr. Süßmuth möge mir diese Bemerkung verzeihen -, daß die erste Bundestagspräsidentin eine Sozialdemokratin war und auf einen sozialdemokratischen Vorschlag hin gewählt wurde. Das zeigt: Die deutsche Sozialdemokratie ist zwar die älteste Partei, aber sie war und ist der Entwicklung auch auf diesem Gebiet ein gutes Stück voraus. Und Du, liebe Annemarie, bist in diesem Fall der lebende Beweis.

Ein lebender Beweis bist Du aber auch für manch andere Feststellung. Etwa dafür, daß Politik einen Menschen jung erhalten kann. Oder dafür, daß sich feste politische Überzeugungen und und parteiliche Amtsführung durchaus miteinander verbinden lassen. Ganz einfach für eine beispielhafte Verbindung von Würde und Lebenserfahrung, von Temperament und Geduld, von Streitbarkeit und Toleranz, von Ernsthaftigkeit und Humor und Witz, von Selbstbewußtsein und der Fähigkeit, Irrtümer zu erkennen und Rückschläge zu überwinden, die Dir ja ebensowenig wie Enttäuschungen erspart geblieben sind.

All das hatte Herbert Wehner wohl im Auge, als er Dich in einem Glückwunschartikel zu Deinem 60. Geburtstag eine gestandene, tapfere und herzliche Frau nannte, die wie nur wenige Frauen am Neuaufbau unserer Demokratie und der deutschen Sozialdemokratie Anteil gehabt haben. Eine Aussage, die ich heute, zehn Jahre später, nur wiederholen und bekräftigen kann. Und für all das danken wir Dir von Herzen.

Als Geschenk überreiche ich Dir einen CD-Player. Er soll Dir zumindest in Deiner Freizeit einen von störenden Miß-, Zwischen- und Untertönen freien Hörgenuß ermöglichen.

Noch einmal, liebe Annemarie, von Herzen alles Gute, vor allem Gesundheit, Zufriedenheit und Wohlergehen.

(-/9.10.1989/vo-he/rs)

* * *

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 895846 ppbn d
Telefax: 21 0654

Inhalt

Robert Antretter MdB zum Erfordernis, das Fortschritt-90-Konzept weiterzuentwickeln: Auch die Sozialpolitik diskutieren.

Seite 1

Hans Büchler MdB zur Entwicklung in der DDR und den deutsch-deutschen Beziehungen: Nach dem Jubel.

Seite 3

Dokumentation:

In einer Rede vor dem 13. Ordentlichen Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, der vom 8. bis 13. Oktober in Würzburg stattfindet, hat deren Vorsitzender Horst Morich eine Bestandsaufnahme der sozialen Wirklichkeit der Bundesrepublik vorgenommen. Auszüge

Seite 5

44. Jahrgang / 195

10. Oktober 1989

Auch die Sozialpolitik diskutieren

Zum Erfordernis, das Fortschritt-90-Konzept weiterzuentwickeln

Von Robert Antretter MdB
Mitglied des SPD-Landesvorstandes Baden-Württemberg

Kein Zweifel: Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft muß zum Markenzeichen der SPD werden. Die bisher bekannten Vorschläge der „Arbeitsgruppe Fortschritt 90“ sind in der Bevölkerung überwiegend positiv aufgenommen worden. Jedenfalls haben sie eine lebhaftige Diskussion ausgelöst.

Freilich scheinen wir Sozialdemokraten derzeit in der Gefahr, die öffentliche Meinungsführerschaft auf diesem strategischen Feld - so mühsam wir sie erarbeitet haben -, durch taktische Redereien zu verspielen.

Weder sind jetzt Personalentscheidungen über die Spitzenkandidatur der Bundestagswahl zu treffen, noch sind rot-grüne Koalitionsverhandlungen oder sozial-liberale Friedensgespräche zu führen. Solche Verbalmanöver sind nicht besonders hilfreich.

Vielmehr geht es doch um eine seriöse Debatte von Zwischenergebnissen der Fortschritt-90-Gruppe, die erste Bausteine eines künftigen Regierungsprogramms vorgestellt hat.

Die SPD-Bundestagsfraktion zum Beispiel hat diese Debatte mit Oskar Lafontaine geführt. Auch dabei wurde deutlich: Noch fehlt vieles für ein überzeugendes Gesamtkonzept, nicht zuletzt das sichere Fundament des neuen SPD-Grundsatzprogramms, das schließlich erst beim Bremer Parteitag im Dezember beschlossen wird.

Was von dieser 4 1/2-stündigen, weiterführenden Fraktionsdebatte an die Presse ging, entsprach übrigens nicht deren tatsächlichen Verlauf. Und es wäre verwunderlich, wenn sich mehr als fünf der über 30 Diskussionsteilnehmer im Ergebnis dieser „Öffentlichkeitsarbeit“ wiederfinden würden.

In der Sache ist festzuhalten: So faszinierend die Konzeption einer ökologischen Marktwirtschaft, mit ihrem Kernstück der Ökosteuern, ist, so notwendig ist es für die SPD als Volkspartei in der Tradition der Arbeiterbewegung, daß sie auf die Sozialverträglichkeit dieses ökologischen Umbaus achtet.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Zeitschrift des Bundes
mit regionalen Redaktionen
Regionalredaktionen



Die Bundestagswahl '90 kann nur gewonnen werden, wenn auch die soziale Sicherung vorrangig und gleichwertig gesehen wird mit der Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen. Unser Leitbild der solidarischen Gesellschaft gilt weiterhin. Es muß zusätzlich den Friedensschluß mit der Natur, die Solidarität mit kommenden Generationen umfassen.

Wir wollen eine moderne Industriegesellschaft. Und wir erreichen diese nur, wenn wir Ökologie und soziale Frage in einem großen - auch finanziell durchgerechneten - Gesamtprojekt angehen.

Tatsache ist, daß wir Sozialdemokraten mit einem Glaubwürdigkeitsdefizit bei Natur- und Umweltschutz kämpfen, während wir noch einen sozialpolitischen Vertrauensvorschuß haben.

Die Menschen erwarten von uns, daß wir für soziale Gerechtigkeit eintreten. Diese soziale Kompetenz werden wir nur behaupten, wenn wir stärker und lauter noch als bisher aussprechen, was ist: Daß wir nämlich in einer real existierenden 2/3-Gesellschaft leben, in der sich, mitten im Überfluß, eine neue Armut breitmacht.

Tradition und Moderner der SPD zusammenbringen - das bedeutet jetzt den Appell an das aufgeklärte Bewußtsein, an jenen Teil der Bevölkerung, der sensibel ist gegenüber sogenannten Randgruppen und zugleich einsieht, daß auf Dauer auch die Reichen nicht gut leben werden, wenn es keine Chancengleichheit mehr gibt, weil Sozialpolitik zur Restgröße von Wirtschaftsmacht verkümmert.

Deshalb ist es für die SPD wichtig, keinen Eindruck vom Primat der Steuerpolitik vor dem Sozialen aufkommen zu lassen. Beim ökologischen Umbau muß daher betont werden, daß wir die Belastungen für die weitaus meisten Arbeitnehmer zurückgeben werden, etwa durch gleichzeitige Senkung der Lohnsteuer; daß wir bei der Verteuerung des Autofahrens für alle Arbeitnehmer eine Entfernungspauschale sowie eine besondere Fernpendlerpauschale einführen und die Kraftfahrzeugsteuer völlig abschaffen werden.

Darüber hinaus ist es eine politische Bringschuld der ganzen Partei, öffentlich zu erklären, daß wir den ungerechten Sozialabbau der letzten Jahre rückgängig machen und die dafür benötigten Finanzmittel - zum Beispiel durch Rüstungsabbau, Umstrukturierung der Bundeswehr, Verzicht auf den Jäger 90 - aufbringen wollen. Deshalb gehört zum Finanzkataster auch, daß wir die kommunale Handlungsfähigkeit durch die längst überfällige Gemeindefinanzreform verbessern wollen. Denn ohne Investitionskraft der Kommunen wird es in der Bundesrepublik keinen effektiven Umweltschutz geben können.

Und offensichtlich ist auch, daß bisher noch ein großer Mangel besteht an Klarheit über die Struktur und industriepolitische Grundlage dieses Umbaus, damit die Auswirkungen auf die Beschäftigung in den davon betroffenen Branchen und Regionen erfaßbar werden. Daß die SPD am Ziel einer sinnvollen Erwerbsarbeit für alle festhält und ihr Investitionsprogramm „Arbeit und Umwelt“ weiterentwickelt - dies muß selbstverständlich sein.

Erfreulich ist, daß das Arbeitsergebnis der Gruppe Fortschritt 90 zur kinderfreundlichen Familienpolitik mit 200 DM Kindergeld sehr präzise ist. Das neue Kindergeld wird durch steuerliche Mehreinnahmen finanziert, die aus dem Wegfall der unsozialen Kinderfreibeträge sowie aus einer Begrenzung des Ehegattensplittings entstehen. Daran ist anzuknüpfen, denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen muß zur umfassenden sozialdemokratischen Gesellschaftspolitik ausgebaut werden.

Damit wäre zugleich eine wesentliche Perspektive gewonnen, an der sich auch der notwendige Umbau des Sozialstaates von unten nach oben orientieren kann.

Für die Regierungsfähigkeit der SPD sind jetzt rasche Ergebnisse bei der Sozialreform unabdingbar. Wie die großen Sicherungsnetze bei Arbeitslosigkeit, Invalidität, Krankheit und Alter zu stabilisieren sind und neue kleine Netze - zum Beispiel durch Mobilisierung der Selbsthilfekraft, von Kinderfreundlichkeit und Generationensolidarität - ermutigt werden können - das sind zentrale Entscheidungsfragen für die Zukunft der SPD.

Dabei kann angesichts des faktischen Pflegenotstandes nicht auf den Einstieg in die gesetzliche Pflegeversicherung für alle verzichtet werden. Und angesichts der Massenarbeitslosigkeit ist die soziale Grundsicherung ebenso notwendig wie die Entlastung der Kommunen vom systemwidrigen Einsatz der Sozialhilfe.

Und schließlich brauchen wir auch einen Wertschöpfungsbeitrag der Unternehmen angesichts der Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherung.

Mindestens diese sozialpolitischen Bausteine brauchen wir, übrigens auch als Angebot für ein Reformbündnis, dessen Kern die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auch in Zukunft bleiben muß.

(-/10.10.1989/rs/ks)

* * *

Nach dem Jubel

Zur Entwicklung in der DDR und den deutsch-deutschen Beziehungen

Von Hans Böhler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Von heute auf morgen kamen tausende von DDR-Bürgern zu uns. Die Bevölkerung in der Bundesrepublik hat die Menschen aus der DDR großartig begrüßt. Organisation und Herzlichkeit im Empfang kann man ohne Übertreibung als beispiellos bezeichnen. Dies hat uns wirklich alle Ehre gemacht.

Dennoch kann die Freude nicht ungeteilt sein. Die Begeisterung in den Gesichtern bei den Ankommenden ist das eine, die auf den Bahnsteigen oft gehörte bange Frage „Kann dies die Lösung sein?“ deutet auf etwas anderes: „Hat die Politik versagt?“

Die Frage ist berechtigt. Als wir vor 20 Jahren den Entspannungsprozeß mit den osteuropäischen Staaten einleiteten, schließlich Verträge abschlossen und die KSZE-Schlußakte von Helsinki unterzeichneten, haben wir ja nicht an diese dynamischen Auswirkungen gedacht, wie wir sie nun konkret erleben.

Wir wollten vielmehr, daß die Menschen in ihrer jeweiligen Heimat, in der DDR, in Polen, in der UdSSR, Freiheit und Selbstbestimmung bekommen sollten. Wir wollten, daß sich die Zustände in diesen Staaten schrittweise so verändern, daß man dort Heimat, Geborgenheit, echte Verwurzelung erfahren konnte.

Haben wir dies erreicht? Ich habe da meine Zweifel. Als der fünfte oder sechste Zug am 1. Oktober auf Bahnsteig 8 in Hof/Saale eintraf, die Übersiedler mit dem gleichen Schwung und der gleichen Anteilnahme wie die ersten begrüßt worden waren, drehte ich mich eher zufällig um und sah auf einem anderen Bahnsteig den Zug nach Dresden einlaufen. Weinende und schockierte Menschen saßen in den Abteilen. Einen größeren Gegensatz zwischen dem Jubel auf Bahnsteig 8 und dieser bodenlosen Traurigkeit ist kaum denkbar. Einer sagte noch: „Die Deppen fahren zurück.“

Ich glaube, man muß dies anders sehen. Diejenigen, die zurückfahren, sind oft voller Pflichtbewußtsein und Verantwortung. Sie wollen die Zustände in der DDR verbessern. Wir sollten sie nicht allein lassen. Warum haben wir nicht einmal daran gedacht, Ihnen wenigstens eine Blume zu geben, eine Geste der Ermutigung?

Deshalb gilt unsere große Sympathie vor allem auch denen, die sich in der DDR engagieren, um das System zu reformieren. Daß gestern 70.000 in Leipzig auf die Straße gingen und nach Meinungsfreiheit und Selbstbestimmung verlangten, ist ein Signal der Hoffnung. Wir sollten uns noch mehr Gedanken darüber machen, wie wir diese Menschen unterstützen können.

Bei unseren Neubürgern beginnt jetzt erst der Alltag. Ob alle, die gejubelt haben, noch da sind, wenn es darum geht, ihnen im schwierigen Eingliederungsprozeß zu helfen? Auch hier bleiben Fragen und die echten Bewährungsproben kommen noch. Schön wäre es, wenn wir positiv überrascht werden.

Ich bin mir sicher, die Zeit kommt bald, an der alle an einem Strick ziehen müssen. Wir bekommen en masse dringende Anfragen und Wünsche, daß doch Vater, Mutter, Bruder, Kinder nachziehen wollen. Wir haben Petitionen, daß jetzt Verhaftete freigekauft werden müssen. Unzählige persönliche Notfälle müssen sorgfältig und einfühlsam behandelt werden.

Das Tagesgeschehen hat uns eingeholt. Wir müssen als Politiker gemeinsame Antworten auf die deutsche Frage finden, sonst wird die Frage: „Hat die Politik versagt?“ ohne Pardon bejaht werden.

(-/10.10.1989/vc-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Demontiert, dereguliert, flexibilisiert

In einer Rede vor dem 13. Ordentlichen Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, der vom 8. bis 13. Oktober in Würzburg stattfindet, hat deren Vorsitzender Horst Morich eine Bestandsaufnahme der sozialen Wirklichkeit der Bundesrepublik vorgenommen. Wir dokumentieren daraus einige Passagen, die schlaglichtartig die Entwicklung seit der „Wende“ erhellen.

Sieben Jahre Wende-Politik haben uns einen Sozialabbau und eine Demontage von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten beschert, wie wir es in der Nachkriegsgeschichte noch nie erlebt haben. Und im Gefolge dieser konservativen Politik erstarkten Rassismus, Ausländerhaß und Rechtsradikalismus. Das kommt nicht von ungefähr, und es hat etwas damit zu tun, daß sich bei vielen Menschen der Eindruck verfestigt hat, daß sie mit ihren Sorgen und Nöten von dieser Regierungskoalition im Stich gelassen werden. Andererseits wurden mit Schlagworten wie „Unterwanderung“, „Oberfremdung“ und „Scheinasylanten“ zusätzlich Haß geschürt und den Rechtsradikalen der Einstieg erleichtert, wenn auch ungewollt.

Dahinter steckte eine andere Absicht: Abzulenken von der Massenarbeitslosigkeit, der zunehmenden Wohnungsnot und einer noch nie dagewesenen Umverteilung von unten nach oben. Der Weg zur „Zweidrittel-Gesellschaft“ hält an. Dafür sprechen die Zahlen: Die Gewinne und Vermögenseinkünfte nahmen im vergangenen Jahr um rund zehn Prozent zu. Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit wuchsen dagegen lediglich um 3,8 Prozent.

Die sogenannte Lohnquote, also der Anteil aller Einkommen aus unselbständiger Arbeit am gesamten Volkseinkommen, betrug 1988 nur noch 67,7 Prozent. Das ist das niedrigste Niveau seit 1969. 1981 lag die Lohnquote noch bei 74,4 Prozent.

Was besagen diese Zahlen? Sie besagen zum Beispiel, daß die Gewinnquoten aller Unternehmen in den vergangenen sieben Jahren auf mittlerweile 32 Prozent angestiegen sind. 1981 betrug die Gewinnquote noch 25 Prozent. Das sind keine ermittelten Zahlen unserer Wirtschaftsabteilung, das sind die offiziellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes, die auch von der Notenbank bestätigt werden.

Die Industrie sieht denn wohl auch vorrangig ihre aktuelle Aufgabe mehr in der Verschleierung ihrer glänzenden Gewinne, als in der Schaffung ausreichend neuer Arbeitsplätze. Trotz der erfreulichen Tatsache, daß die enormen Arbeitsplatzverluste in der ersten Hälfte der 80er Jahre überwunden sind und es seit 1987 in der Holzwirtschaft wieder aufwärts geht, gilt auch für diesen Bereich, daß die Zahl der Neueinstellungen noch beträchtlich den Umsätzen und der wirtschaftlichen Entwicklung hinterherhinkt. Die Branchenkenner sagen der Möbelindustrie „sieben fette Jahre“ voraus. Aufgrund der aktuellen Entwicklung und unter Berücksichtigung dieser Prognose wäre es an der Zeit, dafür zu sorgen, von dem immer noch viel zu hohen Sockel an Überstunden herunterzukommen und dafür arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen einen Arbeitsplatz anzubieten. Nach den uns vorliegenden statistischen Unterlagen werden in der gesamten Holzwirtschaft jährlich zwischen 15 und 18 Millionen Überstunden geleistet. Durch einen Abbau könnten bei realistischer Annahme bis zu 10.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Zum anderen müssen wir heute feststellen, daß die allgemeine Kaufkraftentwicklung der Arbeitnehmerhaushalte wiederum den rasanten Gewinnzuwächsen der Unternehmer hinterherhinkt. Trotz noch erheblicher Struktur- und Branchenprobleme sind die realen Nettoeinkommen der Unternehmer und Selbständigen in der Zeit von 1982 bis 1988 im Durchschnitt um 95 Prozent gestiegen. Sie haben sich damit praktisch verdoppelt. Trotz der Positiv-Mathematik der Bundesanstalt für Arbeit und des Bundesarbeitsministers liegt die Zahl der Erwerbstätigen heute noch immer unter dem Stand von 1980. Der Kapitalexport aus der Bundesrepublik hat sich gegenüber dem Jahr 1987 fast verdreifacht. Das ist auch eine Erklärung dafür, wo denn das Geld aus den Gewinnen geblieben ist. Der Kapital-

export erreicht die Rekordhöhe von 120 Milliarden DM. Das sind 120 Milliarden DM, die im Ausland angelegt wurden. Im schönen Wirtschaftsdeutsch heißt das: Das Kapital wurde transferiert. An dieser Stelle gilt es festzustellen, daß die regierungsamtliche Formel „Gewinne von heute sind die Arbeitsplätze von morgen“ mit der Realität nichts zu tun hat.

Dabei sollte unter dieser Bundesregierung alles besser werden. Ich erinnere an die Worte des Bundeskanzlers aus dem Jahre 1982: „Diese neue Regierung ist notwendig geworden, weil sich die alte, die bisherige Regierung als unfähig erwies, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.“ In drei Jahren sollte die Arbeitslosigkeit „unter die Schallmauer der Eine-Million-Grenze“ gedrückt werden.

Nichts von dem ist eingetreten. Im Gegenteil: Alles ist noch viel schlimmer geworden.

Die bittere Tatsache ist: In allen vier Jahren des Berichtszeitraumes lag die Zahl der registrierten Arbeitslosen, trotz einer für viele Branchen hervorragenden Konjunktur, deutlich über der Zwei-Millionen-Marke. Und das hat sich auch nach den jüngsten Veröffentlichungen der Bundesanstalt für Arbeit nicht wesentlich verändert. Zählt man die sogenannte „Stille Reserve“ von 1,4 Millionen Menschen hinzu, haben wir noch heute in der Bundesrepublik 3,5 Millionen Menschen, die arbeiten wollen und arbeiten können, aber eben keine Arbeit bekommen. Jeder dritte Arbeitslose ist länger als ein Jahr ohne Beschäftigung. Und jeder sechste sogar schon länger als zwei Jahre. Die Dauerarbeitslosigkeit ist eine der Ursachen für zunehmende Armut in unserem Lande. Für viele dieser meist älteren Menschen und vor allem Frauen, die sich jahrzehntelang gemüht und geplagt haben, könnten Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn man die Prioritäten der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik anders gewichten und mehr Arbeitsmarktpolitik statt Arbeitslosenverwaltung betreiben würde.

1986 erhielten überhaupt nur noch 66 Prozent der gemeldeten Arbeitslosen eine Arbeitslosenunterstützung. Zweieinhalb Millionen Menschen sind heute auf die Sozialhilfe angewiesen. Sie leben am untersten Ende des Existenzminimums.

In den Jahren der Wende seit 1983 müssen die Städte und Gemeinden heute über zehn Milliarden DM mehr für Sozialhilfe aufwenden, als zu Zeiten der sozialliberalen Koalition; über 27 Milliarden DM waren es allein 1988. Das ist, ob man es wahrhaben will oder nicht, auch ein Stück sozialer Wirklichkeit in unserer Bundesrepublik. Das macht uns nicht nur traurig, das empört uns. Ich frage mich, wo lebt der Bundeskanzler, wenn er wörtlich verkündet: „Ich stocke bei dem Begriff Massenarbeitslosigkeit, weil er der Wirklichkeit nicht entspricht.“ Allein diese Bemerkung macht deutlich, daß man dieses Problem nicht auf der Tagesordnung haben will. Es wird verdrängt und ausgesessen.

Was ist das für eine Bundesregierung und was ist das für ein Bundesarbeitsminister, die das alles noch mit Gelassenheit hinnehmen und den Eindruck erwecken, als hätten die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger an ihrem Schicksal selbst schuld? In sieben Jahren Wendepolitik sind die Grundlagen unseres Sozialstaates erheblich beschädigt worden. Unser Gesundheitswesen, die Arbeitslosenversicherung, die Rentenversicherung, das Arbeits- und Sozialrecht, das Arbeitsförderungsgesetz, bis hin zur Betriebsverfassung. Es gibt fast keinen Bereich mehr, wo nicht demontiert, dereguliert und flexibilisiert wurde: Und stets zugunsten der Unternehmer und gegen die Arbeitnehmer.

(-/10.10.1989/vo-he/rs)

* * *